

Soale-Beitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 besten Anzeigen über deren Raum mit 20 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet sind in unteren Anzeihenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Bauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk., auschl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen deutschen Postämtern angenommen. Der amtlichen Zeitungs-Bezugsliste unter „Soale-Beitung“ eingetragen.

Bei anderwärts eingehende Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Soale-Beit.“ gestattet.

Verantwortlicher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 252.

Halle a. S., Sonnabend, den 1. Juni.

1912.

Kleine Garnisonen.

Unter militärischer Mitarbeiter schreibt: Die altgermanische Sage berichtet, daß sieben Städte sich um die Ehre geüßten, den Geburtsort Homers zu sein. Nach Dingen aber zählen die jetzt am Wettbewerb um Erhaltung von Militärgarnisonen in Verfolg der neuen deutschen Heeresverfassung beteiligten Städte. Im Parlament ist dies Klingen weniger erkennbar gewesen. Nur ein einziger Abgeordneter, der konservative Herr von Wollow, sprach eine Lanze für die beiden Landstädte seines ostpreussischen Wahlkreises. Doch der Vorgang in dem freundlichen Sangerhausen, wo ein Konkurs mit dem Stadtoberhaupt entfiel, wegen vermeintlich ungenügenden Drängens in den preussischen Kriegsminister, jetzt, wie die Zentralstelle der Heeresverwaltung von Bekenten überlaufen worden ist. Den Ausschlag können natürlich nicht die an sich gewiß sehr beachtenswerten volkswirtschaftlichen Rücksichten, sondern nur die militärisch-taktischen geben. Die strategischen Erfordernisse aber weisen jetzt unerbitlich auf die linke Rheinseite und die rechte Oberseite. Neue „kleine Garnisonen“, für die zum Teil Bürgerquartiere werden eingerichtet werden müssen, entstehen da im Westen wie im Osten. Die Militärverwaltung kommt also dem in Parlament und Presse oft geäußerten Wünschen entgegen, gewiß bis zur Grenze des Möglichen. Denn wenn auch aus mancherlei Gründen die Besetzung kleiner Garnisonen erwünscht sein mag, so fehlt es doch nicht an gewichtigen militärischen Argumenten gegen ein solches System. Sie sind vom Generalmajor v. Wandel bei Erörterung der letzten Militärvorlage in der Budgetkommission des Reichstages auseinandergelegt worden.

In Heeresangelegenheiten ergibt sich von selbst ein vergleichender Blick über die Weltgenosse. Er zeigt die gleiche Garnisonierungspraxis. Es muß den Franzosen auch anerkennen nachgesagt werden, daß die Frage des Offiziersersatzes für die in kleineren Städten des östlichen Grenzgebietes stehenden Regimenter keine Schwierigkeiten bietet, ja daß sogar hervorragende Leistungsfähige Offizierkorps den dortigen Kommandeuren an die Hand gegeben sind.

Auffälligerweise findet sich in einer zuerst im „Berl. Lokalanz.“ veröffentlichten Artikelserie über die deutschen Truppen an der Westgrenze die Bemerkung, daß sie als Stiefkinder des Heeres erscheinen, d. h. daß sie nicht nur von den Unteroffizierschulen Ausbildungspersonal zu gewinnen erhalten, das, nach überintendierendem Gefühl der Kompagniechefs von Straßburg bis Metz, an Leistungsfähigkeit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt, sondern daß bei diesen Grenzregimentern ein gleiches auch, manchmal wenigstens, von den ihnen zugewiesenen Kadetten gesagt werden muß. Andererseits könne von den dortigen Regimentskommandeuren nicht verlangt werden, daß sie Lücken in ihren Offizierskorps durch Fahren junger zu füllen, solange Heiterkeit oder Entsetzen entsetze bei Namensnennung von Garnisonsorten wie Mörchingen oder Deuz, weil deren Weisheitswürdigkeit als nicht über jeden Zweifel erhaben gelte. Eine anscheinliche Dosis von Spartanereigenschaften gehört freilich wohl dazu, in solchen Städten ja hrelang als Offizier zu wirken, doch erfahrungsgemäß findet sich ein bereitwilliger Sinn weit eher bei hervorragenden Intelligenzen, als bei knapp durchschnittlich entwickelten.

Der Artikelschreiber im „Lokalanz.“ meint nun, nur durch Berechnungen von Offizieren ließe sich ein erwünschter Zustand bei den Grenzregimentern herbeiführen. Man sollte allerdings glauben, daß es im Offizierkorps als Auszeichnung empfunden werden müßte, in Büchsenstuhlsweite vom Feinde hartem Dienst obzuliegen, natürlich mit der sicheren Aussicht, in einigen Jahren abgelöst zu werden. Leider gibt aber ein Kommando nach Mörchingen, Bittsch und anderen „ominösen“ Grenzstädten wohl mehr als Strafverurteilung, denn als Auszeichnung, namentlich bei den naturuell verwöhnten Herren von der „Garde! Und gar die Fahnenjunken! Als erstzulicht ist neuerdings vermerkt worden, daß ein steigender Prozentsatz der Abiturienten höherer Schulen sich der Offizierslaufbahn zuwenden. Wie verschwindend wenige davon mögen aber bei Grenzregimentern eingetretten sein, weil eben das gesellschaftliche Leben in abwechslungslosen Grenzorten diesen jungen Leuten nichts weniger als verlockend erscheint.

Es spielen danach in die Vorstellungen vom dortigen Garnisonleben vorurteilhaft hinein, die der ganzen militärisch wichtigen Frage ein problematisches Licht aufweisen, aber doch unbestreitbar in Tatsachen einen gewissen Rückhalt finden.

Zeitens der Wogesen liegen die Verhältnisse anscheinend weniger schwierig, wobei wohl der Unterschied in der Vorbildung des Offizierkorps mitpredigen mag.

Hoffen wir, daß bei der gegenwärtigen Neuordnung im Bereich des deutschen Heerwesens die kleinen Garnisonen nicht nur äußerlich zu verdienten Ehren kommen, sondern auch in ihrer Schlagfertigkeit zu absoluter Vollkommenheit gebracht werden.

Wie die „Deutsche Volksw. Korresp.“ erfährt, werden aus Anlaß der Heeresverfassung folgende Städte im Osten neue Garnisonen erhalten: Pleschen, Schwes, Deutsch-Krone und Neufettin. Ferner werden die drei neu zu errichtenden Pionierbataillone in Gradun, Küstrin und Trier untergebracht werden. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt noch mit: Das für die 37. Division neu aufzustellende zweite Feldartillerieregiment kommt mit dem Stad und einer Abteilung nach Kaßenburg, mit der anderen Abteilung nach Lützen. Nach Kaßenburg sollen zwei Bataillone Infanterie mit dem Regimentsstabe und der Maschinengewehrkompanie geleitet werden. Nach Marienburg kommt das Trainbataillon für das neue Armeekorps.

Bei jeder Gelegenheit ist mitgeteilt, daß auch das Städtchen Lauscha (Reg.-Bez. Merseburg) sich um eine Garnison beworben hat; leider sind alle Bemühungen — trotz Sprache von einflußreicher Seite — gescheitert.

Arbeiterfragen in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die letzte Sitzung vor Pfingsten beschäftigte ausschließlich Arbeiterfragen. Zur Beratung stand der fortgeschrittliche Antrag über den Ausbau der Arbeiterausschüsse in den staatlichen Betrieben.

Abg. Delius als Begründer des Antrages führte aus: Die Arbeiterausschüsse, namentlich im Eisenbahnbetriebe, haben sich in den letzten Jahren sehr vermehrt. Ihre Tätigkeit läßt aber noch vielfach zu wünschen übrig. Das sei zu bedauern, wenn auch anerkannt werden müßte, daß der Minister seinerseits mit Anregungen an die unterstellten Behörden nicht zurückhalte. Bei diesen fehle es häufig aber an dem richtigen Verständnis. Besonders sträubten sich manche Behörden dagegen, Lohnfragen in den Ausschüssen behandeln zu lassen. Die Ausschüsse seien aber heutzutage wertlos, wenn diese wichtige Frage ausgeschlossen wird. Der Arbeiterausschuss müßte als Bindeglied gelten zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft. Weil dem Arbeiter in den Staatsbetrieben mangelnde Bedingungen in seinem Arbeitsverhältnis gegenüber den freien Arbeitern auferlegt sei, sind Kautelen zu schaffen, welche den Ausschüssen gewisse Rechte zugeteilt. Und wenn es nun in der Verfügung des Ministers heiße, die Arbeiterausschüsse können Lohnfragen behandeln, so ließe dies nicht genügen. Nach dem amtlichen Material wären zwar 1520 Lohnfragen im letzten Jahre behandelt worden, aber nur zu 920 sei Stellung genommen. Die Besprechung der Lohnfragen liege sowohl im Interesse der Arbeiterschaft als der Verwaltung. Aus diesem Grunde seien scharfe, klare Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse erforderlich. Deshalb sollte der Minister verfügen, daß Lohnfragen auf Antrag behandelt werden müssen. Den zweiten Teil des Antrages, auch die Arbeitslose in den Ausschüssen zu berücksichtigen, ziehe er im Einverständnis mit seinen Freunden zurück, nachdem der Minister den Anregungen seiner Partei gefolgt sei und eine neue Anordnung unter Zuziehung praktischer Arbeiter habe ausarbeiten lassen. Wenn die erlassenen Bestimmungen von den untergeordneten Behörden genau eingehalten würden, bedeute die neue Ordnung einen entschiedenen Fortschritt. Aus diesem Grunde wollten seine Freunde nicht zu weiteren Schritten drängen, ohne erst die Wirkung der Maßnahme abgewartet zu haben.

Der Minister v. Breitenbach führte aus, daß gewiß die Behandlung der Lohnfrage für die Arbeiterschaft von sehr großer Wichtigkeit sei. Die Verwaltung könne aber nicht Bestrebungen unterstützen, wie sie namentlich ein sozialistischer Antrag im Reichstage wolle, der den Arbeiterausschüssen die Festsetzung aller Löhne übertragen sehen möchte. Das würde zur Anarchie in der Verwaltung führen. Er sei aber bereit, die Rechte der Ausschüsse zu erweitern.

Demgegenüber betonte Abg. Delius, es sei selbstverständlich, daß der Verwaltung in allen Lohnfragen das letzte Wort gebühre. Seine Partei wolle keinem Ueberbitalismus Vorzug leisten. Den angeführten Fall, wenn ein Arbeiterausschuss einen bestimmten Lohn festsetze, daß dann die Behörde dem unter allen Umständen entsprechen müsse, dürfe man nicht als Konsequenz des Antrages seiner Partei auflassen. Sie wünsche nur ein Recht für die Arbeiter, in Lohnfragen gehört zu werden. Wenn der Minister hier eine klare, generelle Verfügung erlassen würde, sei der Zweck des Antrages erfüllt. Einiges Weitergehendes verlangen auch die Arbeiterverbände nicht.

Darauf erwiderte der Minister, nach dieser Interpretation des Antrages könnte sich die Staatsregierung auf den Boden des Antrages stellen. Er richte aber an den Vertreter der Fortschrittspartei die Bitte, den Antrag nach seinen Erklärungen zurückzugeben. Er sei bereit, neuere Verfügungen ergehen zu lassen, wonach für die Arbeiter das Recht, Lohnfragen zu behandeln, festgesetzt werde. Der Be-

amte, welcher eine derartige Behandlung nicht zulasse, mache sich strafbar.

Abg. Delius bat den Minister, diese Ausführungen zu Protokoll zu geben und für eine genügende Ueberwachung Sorge zu tragen. Dies wurde zugestimmt. Daraufhin zog Abg. Delius namens der Volkspartei den Antrag zurück. Sodann wurde über die Zentralisation der Ausschüsse gesprochen. Der große Berliner Arbeiterverband, welcher über 100 000 Mitglieder umfaßt, verlangt in einer Petition Direktionsausschüsse und als oberste Instanz einen Zentralausschuss. Der Minister widersprach dieser Forderung. Die meisten in den Ausschüssen zu behandelnden Fragen seien Lohnfragen und, da diese in den einzelnen Orten durchaus verschieden wären, würden Direktionsausschüsse überflüssig sein und nur erschwerend wirken.

Abg. Bener (Zentrum) meinte, die Forderung sei unberechtigt und beantragte Uebertrag zur Tagesordnung. Abg. Savigny (Zentrum) war anderer Meinung. Uebertrag zur Tagesordnung gehe ihm zu weit. Abg. Delius war im Gegenzug vom Minister der Meinung, daß es außer den Lohnfragen für die Arbeiter auch noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen gebe, welche im Ausschuss zu erörtern seien, z. B. Wohlfahrtsanstalten, Arbeitsbedingungen usw. Zur Behandlung dieser Fragen eigene sich ein Direktionsausschuss sehr wohl, denn die Verhältnisse sind in ganz Preußen dieselben. Deshalb werde man wohl zur Schaffung derartiger Instanzen einmal kommen, wenn auch der gegenwärtige Zeitpunkt deshalb noch verfrüht sei, weil erst die Arbeiterausschüsse festfundiert und ausgebaut werden müssen. Wichtiger erscheine ihm aber die Schaffung von sogenannten Sicherheitsmännern für die Arbeiterausschüsse. Die Arbeitervertreter wären ja jetzt gegen früher Entlassungen weniger ausgelegt, aber es müßte für sie, wenn sie ihr Amt voll ausfüllen sollen, die größtmögliche Sicherheit geschaffen werden. Deshalb beantragte er, diesen Punkt der Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Regierungsvertreter, ein konservativer und ein Zentrumstreber sprachen dagegen. Gegen die Stimme des Abg. Delius wurde Uebertrag zur Tagesordnung beschlossen.

Sodann entspann sich eine längere Debatte über die Einführung der freien Arztwahl in den Arbeiterbetriebskrankenkassen. Ein Zentrumsabgeordneter wünschte die beschränkte freie Arztwahl. Der Regierungskommissar widersprach. Die Regierung könne hier nichts tun. Abg. Delius fand diese Stellungnahme der Regierung recht fondäbar. Gewiß haben letzten Endes pro forma die Generalversammlungen der Kassen zu entscheiden, in Wirklichkeit sei aber die Regierung maßgebend. Einem Beschlusse der Kommission ließe absolut nichts entgegen. Das jetzige Kassenarztsystem sei sehr verberkerungsbedürftig. Von einer sorgfältigen ärztlichen Behandlung könne häufig nicht mehr gesprochen werden. Der Idealzustand wäre ja nun der, die unbeschränkte freie Arztwahl einzuführen. Die Finanzen der Kassen würden aber wohl dadurch stark erschüttert werden. Das Notwendigste wäre aber dann, die beschränkte freie Arztwahl einzuführen. Er verweise hier auf die Denkschrift der württembergischen Regierung, wonach sich die beschränkte freie Arztwahl gut bewährt habe. Preußen könne deshalb unbedingt folgen, es komme damit auch den Wünschen der Verzeitschaft etwas entgegen. Aus diesen Gründen beantragte er, die Regierung zur Erwägung aufzufordern, ihrerseits die Initiative bei den Betriebskrankenkassen zu ergreifen und die beschränkte freie Arztwahl einzuführen. Die dem Antrage wurde zugestimmt.

Deutsches Reich.

Reichsvereinsgesetz und Einjährig-Freiwilligendienst.

(Wegen 6 Mark Geldstrafe den Einjährigen-Berechtigungschein vorzuenthalten!)

Im Reichstage wurde bei der Eratsdebatte vom sozialdemokratischen Seite ein Fall zur Sprache gebracht, in dem eine Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes den Anlaß geboten hat, jemand von der Zulassung zum Abiturientenexamen auszuschließen und ihm die Ausübung des Berechtigungscheines zum einjährig-freiwilligen Dienst zu verweigern. Der „Vorwärts“ teilt jetzt in folgendem den genauen Tatbestand mit:

Es handelt sich um einen Sohn des sozialdemokratischen Redakteurs Düwcll. Der Betreffende war nach Erteilung des Einjährigen-Zeugnisses von der Schule abgegangen und in die lauffähigste Lehre getreten. Er gründete einen Verein für die arbeitende Jugend, der nach Angabe des „Vorwärts“ die Segnung des geistigen und sittlichen Niveaus seiner Mitglieder bedeuten sollte, mußte allerdings wegen Erkrankung die Leitung des Vereins schon nach einigen Tagen niederlegen und nahm auch nicht an der konstituierenden Versammlung teil. Wegen dieser Veranlassung aber wurde der Betreffende als ein politischer erklärt und gegen Düwcll als seinen Gründer wegen Verletzung des Vereinsgesetzes Anklage erhoben; er wurde auch zu einer Geldstrafe von

schon Markt vertrieben. Später bereitete sich zuweilen privatim zum Abreiseplan vor und suchte für Ostern v. J. um die Zulassung zur Reifeprüfung nach. Diese wurde aber vom Provinzialstudienkollegium abgelehnt, weil er die Staatsgesetzgebung übertritten, die Bahnhofsarbeit habe vernachlässigt und so einen Mangel an moralischer Reife befunden habe. Dasselbe studierte nun an der Handelshochschule in Berlin. Um das Studium nicht wegen des Militärdienstes zu unterbrechen, suchte er bei der Prüfungskommission für einjährig-freiwilligen Dienst um die Zuschuldung des Berechtigungsbescheides für den einjährig-freiwilligen Dienst und um die Zurückstellung bis nach Beendigung des Studiums nach. Der Antrag wurde aber abgelehnt unter Besondere nach dem polizeilichen Führungsverhalten, in dem es hieß, daß von ihm nichts nachweislich bekannt geworden sei, abgesehen von der Bestrafung wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes. Die Prüfungskommission verweigerte deswegen den Nachweis der Ansehlichkeit und „trag Bedenken“, die Berechtigung zu verweigern.

Dieser Fall beweist einzig in seiner Art sein. Wegen einer Übertretung des Reichsvereinsgesetzes wird jemandem die Ansehlichkeit abgesprochen und Mangel an moralischer Reife attestiert, und ihm wird deshalb der Weg zum akademischen Studium und zum einjährig-freiwilligen Dienst verweigert. Ist dem Berliner Provinzialstudienkollegium und der Prüfungskommission nicht bekannt, daß es zahlreiche Beamte gibt, die wegen Verletzung des Reichsvereinsgesetzes in der Ausübung der Polizeigewalt rekrutiert werden mußten? Fehlt es denen nun auch an moralischer Reife? Denn daß sie wegen ihres Verhaltens nicht bestraft werden können, ändert doch nichts an der Bewertung der Fälle. Und weiter: werden wirklich alle, die einmal eine kleine Ordnungstrafe erhalten haben, zurückgewiesen, und werden z. B. Studenten vom einjährig-freiwilligen-Dienst zurückgewiesen, die wegen Duellvergehens bestraft worden sind?

Kahnensteuer.

Durch Ministerialerlass ist nunmehr auch in Preußen die Kahnensteuer für zulässig erklärt worden.

Für eine Reihe von Städten war dies das Signal, der neuen „Steuerart“ näher zu treten. Die Steuer ist aber nur als Brückenschritt gedacht. Große Einnahmen wird man mit ihr nicht erzielen können. In den sächsischen Städten Augustenburg und Schönbach, die seit 1903 die Steuer haben, sind die finanziellen Ergebnisse gering geblieben. In Augustenburg mit 2400 Einwohnern betragen die Einnahmen nur rund 800 Mk. in den letzten 10 Jahren. Die Kontrolle ist zu schwierig. Das als Steuerzweck vorgesehene Steuerzinsen wird nur teilweise getragen. Auch in Schönbach hat man von einer strengen Durchführung der Halsbandschrift absehen müssen. Der preussische Ministerialerlass betrieht daher, daß sich vom Standpunkte des Tierfiskus aus die Kennzeichnung der verkauften Kahnen durch Halsband und Marke verbiete, weil die Kahnen dadurch leicht in Gefahr geraten können. In sächsischen Gemeinden und in kleinen Gemeinden (Landgemeinden) soll die Steuer, als für ländliche Verhältnisse ungeeignet, ausgeschlossen werden. Der Hauptzweck der Steuer, die Abschreibung der Kahnen einzuführen, ist allerdings erreicht worden. Der Deutsche Bund für Kahnenbau hat dagegen die Einführung der Marke als unzulässig (?) und die Kahnen und das Zuanagen vorzuschlagen, von jedem Marke junger Kahnen alle bis auf höchstens eine Nummer zu lösen. In Wirma wird allen widerstehenden Kahnenführern durch Fallstränge nachgestellt. In München und anderen Städten soll die Kahnensteuer ansehnliche Beträge bringen.

Direktor Heylers Abschiedsbrief

Die gekränkte Unschuld.

Der Brief, den Direktor Seyler von der Maschinenfabrik Grafenhaban an die Verwaltung des Werkes gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

„Sehr geehrte Herren!
Die Antündigung unserer Regierung, daß wir keine Staatsaufträge mehr bekommen würden, solange ich Direktor des Grafenhabaner Werkes bin, hat mich zu dem Entschluß geführt, meine persönlichen Interessen denjenigen meiner Firma unterzuordnen und Ihnen meine Demission als Direktorialmitglied im Prädium Grafenhaban anjubeln mit der Bitte, den Zeitpunkt meines Rücktritts von meinen Funktionen zu bestimmen. Ich gebe hiermit keineswegs die mir zum Vorwurf gemachte deutliche Sache gelassen, sondern ich erkläre nochmals ausdrücklich, daß alle mit zur Lösung der Vorkommnisse zum Zeitpunkt der Einnahme in Zusammenhang gekommenen Willen geschehen sind, zum Teil sich auch aus ganz natürlichen Geschäftsgründen ohne jedwede Deutschfeindschaft meinerseits erklären lassen. Durch eine genaue Unterfuchung wird sich dieses ungewidert herausstellen. Ich bringe dieses große Opfer, um zu verhindern, daß das Werk, dem ich mein bestes Wissen und Können während 25 Jahre gewidmet habe, durch Ausfall des größten Teiles seiner Beschäftigten wieder zurückgeht. Ich bringe dieses Opfer aber auch aus Dankbarkeit gegen unsere Beamten und Arbeiter, die mir jederzeit treu zur Seite gestanden haben, und hoffe, alle durch meine Demission nur den schwereren Sorgen zu bewahren, die durch Arbeitsmangel eintreten können.“

Heer und Flotte.

Die Parade der Potsdamer Garnison.

Am Potsdam, 1. Juni. Freitag vormittag 10 Uhr begann die Parade über die Truppen der Garnison Potsdam auf dem Lustgarten bei hüchem und trübem Wetter. Die Parade fand unter dem Befehl des Generalleutnants v. Besom. Unter den Zuschauern bemerkte man den englischen General Lindley, der den roten Adlerorden 2. Klasse mit Stern, den österreichisch-ungarischen Oberleutnant Berzevitz, der den Kronenorden 2. Klasse, und den württembergischen Oberst v. Ködler, der den roten Adlerorden 2. Klasse erhalten hatte. Die Kaiserin und die anwesenden Prinzessinnen wohnten dem militärischen Schauspiel von den Fenstern des Stadtschlosses aus bei. Unter den Damen und Herren der Umgebung bemerkte man auch den Grafen und die Gräfin Jacini (Benedict). Der Kaiser, welcher vom Neuen Palais aus in der Uniform des Regiments Gardes du Corps nach Potsdam geritten war, wurde vom Publikum lebhaft begrüßt.

Nach der Parade nahm der Kaiser militärische Maßnahmen entgegen, u. a. vom sächsischen Rittmeister v. Albrecht und Generalleutnant v. Herzberg, Kommandeur der Gardesavalerbrigade, dem Generalleutnant v. Vortsch, Infan-

teur der Jäger und Schützen, dem sächsischen Generalmajor von Seydewitz, Kommandeur der 89. Infanteriebrigade, dem sächsischen Generalmajor v. Waghorn, Kommandeur der 64. Infanteriebrigade, dem Generalmajor Freiherrn v. Wilimowski vom Reichsmilitärgericht, dem Generalmajor v. Walberke, Oberquartiermeister, dem Obersten v. Zaborowski, Kommandeur der Haupt-laborationsanstalt, dem Obersten v. Wedel, Kommandeur des Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreussisches) Nr. 3 und von dem früheren Militärdirektor in Washington Regimentskapitän Regmann. — Hieran schloß sich ein Frühstück im Stadtschloß.

Har- und Personalnachrichten.

Der Kaiser besuchte Donnerstag abend in der königlichen Hochschule für Musik das Festkonzert vom Festen v. Festa-Lozzistrauereins in Berlin, das von den Leitern und Lehrern der Hochschule unter Mitwirkung des Hofkapellmeisters und -Dirigenten gegeben wurde.

Der Reichsaugler von Bethmann Hollweg empfing am Freitag den königlich schwedischen Gesandten Graf Taube.

Der Minister v. Brentano tritt am 8. Juni zur Einweihung der neuen Eisenbahnhauptwerkstätte auf dem Trost und zur gleichzeitigen Einweihung der als Zubehörsache dorthin dienenden, von der Stadt Danzig erbauten Weichselbrücke in Danzig ein.

Ausland.

Landesverrat in Stockholm.

Der neue russische Marineattaché in Stockholm, Graf Keller, erhielt vor einiger Zeit in einem anonymen Briefe die Aufforderung, einige wichtige geheime Akten zu kaufen. Graf Keller, der wahrheitsgemäß eine Kopifikation vermutete, übermittelte den Brief dem schwedischen Marinedepartement, das ihn der Detektivpolizei übergab. Der Verdacht richtete sich gegen einen Unteroffizier der Flotte, der insofern natürlich auf das Bestimmteste seine Schuld leugnete. Am Dienstag trat ein Kriegsgesetz zusammen, das über den Fall urteilen soll, und es ergaben sich verschiedene Indizien, die den Unteroffizier schwer belasteten. Die Verhandlung wird fortgesetzt werden. Was von besonderem Interesse sein dürfte, ist wohl die Frage, weshalb Graf Keller die Meldung gemacht hat. Ahnte er eine Provakation oder eine einfache Kopifikation? Man weiß hier darauf hin, daß der vorige russische Marineattaché, Kapitän Petrom, der vor kurzem nach Rußland zurückgekehrt ist, hier sehr unpopulär war. Die Sache erregt natürlich in militärischen Kreisen das größte Aufsehen.

Die Gefahr in Fez.

Wie bereits im Doppelheft der letzten Nummer kurz gemeldet, ist die Lage des Generals Spauter, der in Fez von den Rebellen eng umzingelt zu sein scheint, recht bedenklich. Der Korrespondent des „Matin“ berichtet darüber:

Für den Ernst der Situation sprechen die von den Militärposten eingelaufenen Berichte, die in Kürze besagen, daß die Lage äußerst schwierig, ja bedrohlich sei, und daß die Gefahr mit jedem Tage wachse. Der Korrespondent des „Matin“ besagt, daß der General zu wenig Mannschaften zur Verfügung besitze. Befehle er 10 Bataillone mehr, so wäre er nicht gezwungen, sich auf die Defensiv zu beschränken, sondern könnte die Garde der Berber mit Leichtigkeit vernichten und das Prestige Frankreichs und die Ruhe im Lande wiederherstellen. — Das aus Mekinez abgegangene Hilfsbataillon ist nach anstrengendem, ununterbrochenem Marsche in Fez eingetroffen. Seither ist die Straße von Fez nach Mekinez von den Rebellen abgeschnitten.

Es wird behauptet, daß die Rebellen am Vorabend des Angriffs vom 25. Mai dem General Spauter geschrieben, sie seien bereit, gegen ein hohes Lösegeld von dem Angriff auf die Stadt abzusehen. Da sie keine Antwort erhielten, drohten sie, sie würden in noch härterer Anzahl kommen, um sich des europäischen Viertels von Fez zu bemächtigen. Wie schon gemeldet, ist der Anmarsch nach schweren Kämpfen abgeschlossen worden. Die Berber lassen ihre Boten unter den noch ruhigen Stämmen den heiligen Krieg predigen und fordern diese Stämme auf, sich entweder ihnen zur Verhinderung der Europäer anzuschließen, oder aber auf ihre eigene Vernichtung durch eine Hazra gesetzt zu sein. Bei der Aufforderung zum heiligen Kriege wird die in den Kämpfen vom 25. und 26. Mai von den Rebellen vom Grab des Mulei Dbris, des Nationalheiligen von Fez, erbeutete Fahne vorgetragen. Das Erscheinen der Fahne macht auf die Stämme großen Eindruck und entflammt ihren Fanatismus. — Das „Welt Journal“ meldet aus Fez: Die feindliche Hazra wird auf 15 000 Mann geschätzt. Die Wokhos Guffa, in der sich die Feinde verschanzt hatten und von der sie trotz des Kanonenfeuers nicht wichen, ist durch einen Sturmangriff genommen worden. Man erwartet kühnlich einen neuen Angriff. General Moirier verfügt augenblicklich über sieben Bataillone zu je 600 Mann. Im Innern der Stadt herrscht Ruhe, doch gilt die Lage als außerordentlich ernst. Vier Stämme, die bisher neutral geblieben waren, haben sich den Aufständischen angeschlossen.

Kasse und Umgebung.

Salle a. S. 1. Juni.

Spätere Briefkastenleerung an Sonntagen.

Von jetzt ab wird an Sonn- und Feiertagen abends noch eine spätere Briefkastenleerung ausgeführt, und zwar in der Zeit von 8½ bis 9½, so daß die eingekammelten Sendungen noch mit den von 10½ Uhr abends abgehenden wichtigen Postzügen befördert werden.

Halleches 500 Jahr-festpiel.

Der Vorverkauf der Eintrittskarten für die ersten Vorstellungen hat an den besagten Stellen bereits in vollem Umfang begonnen und kann man schon jetzt konstatieren, daß es sich empfiehlt, Bestellungen auf bestimmte Plätze rechtzeitig vor-

zunehmen. Die Preise der Plätze sind in Anbetracht auf die großen Ansehen bemessen, von denen beispielsweise die Bauausführungen allein insgesamt 10 000 Mk. kosten. Schon jetzt kann man Scharen Neugieriger sehen, die den Vorzug begehnen, um sich zu überzeugen, in wie großartiger, hier noch nie gesehener Aufmachung pränterter wird. Neben der Firma Bauer beteiligen sich an der Bauausführung noch für Schararbeiten die Firma Heinrich Kelling, sowie für elektrische Lichtanlage die Firma Fanger u. Paage hierfeld. Die Oberaufsicht über die Bühnentechnischen Aufbauten führt der sächsische Obermaschinenmeister des Stadttheaters, Herr Louis Hauschild. Die gesamte Bühnenausstattung liefert das leistungsfähigste Theaterausstattungs-gesellschaft Deutschlands, Beth u. Flotow in Berlin, bekanntlich die Lieferanten der königlichen Bühnen. Mit Sonderarbeiten sind noch die Herren Theatermaler Albrecht und Malermeister Bernhardt beschäftigt. Die sämtlich nun angefertigten und spezial für Festlichkeitsstellungen gearbeiteten Periziden und Bärte werden dem Direktor des Stadttheaters, Herrn Willy Weber (I. Anhaltische Periodikenschrift in Dessau), gestellt.

Die Aufführungen beginnen abends 7½ Uhr und werden für den Fall unangünstiger Witterung auf den nächsten Spielabend verlegt. Demgemäß sind die Eintrittskarten, wie bei Festlichkeitsaufführungen üblich, nicht auf den Tag, sondern auf die in diesem folgende Vorstellung ausgestellt. Am 1. Juni beginnen die Gesamtproben auf dem Spielplatz, doch ist der Zutritt selbstverständlich nur den Mitwirkenden gegen Legitimationskarte gestattet. Ob eine öffentliche Generalprobe stattfindet, unterliegt nach der Beschlussfassung. Näheres hierüber im Intranet.

Als Leiter der evangelischen Stadtmission ist P. Winterberg aus Barmen-Kronberg gewählt worden und hat die Arbeit angenommen.

Die Internationale Stabsmusik der Heilmarsche aus London, unternimmt eine Tournee durch Deutschland, deren Ueberführung dem Esajwart der Heilmarsche „zufällt“. Der Saal des Wintergartens, wo die Kapelle ihr hiesiges Konzert gab, war leider recht schwach besetzt, was um so beauerlicher erscheint, als die „Stabsmusik“ eine Entschädigung arbeitet. Wer etwa erwartet hatte, ein harmonisches, weinerliches Musikieren zu hören, der sah sich angenehm enttäuscht, denn das Trompetenkorps absolviert sein reichlich mannigfaltiges Programm mit einer wohlwollenden Herzoe. Die in der Instrumentalfabrik der Heilmarsche hergestellten Trompeten produzieren einen durchdringenden, eigenwillig jubelnden Klang und tönen recht vorzüglich. Die beigetueuten Solosongvorträge waren gut gemeint.

Westkafferterein „Jung-Deutschland“. Am Dienstag unternahmen die Abteilungen „Bismard“, der sich aus eine Gruppe der Abteilung „Bieten“ angeschlossen hatte, „Scharnhorst“ und „Preußen“ einen gemeinsamen Tagesausflug. Obgleich jede Abteilung der Pfingstfeierstage wegen nur mit der halben Anzahl ihrer Mitglieder rechnen durfte, hatten sich doch im ganzen 140 Jungen eingefunden. Unter Führung ihrer Leiter bezogen deren Stellvertreter, nachheren sie gegen 8 Uhr vom Heisterfeld Bahnhofs ab nach Pajnsdorf. Dort trennten sich die Abteilungen, die eine Hälfte hatte die Aufgabe, die Bahnhofs- und Angerordnungs-Hörner zu führen, ging in der Wäls der ersten Orchester bei Seite 100 in Stellung und wurde nach voranzgegangener Erkundigung von dem anderen Teil angegriffen. Der Weitermarsch wurde in Solleben durch eine halb-tündige Frühlingsspanne unterbrochen. Die Werbung beendete ein zweites Heft, das sich am Walbrunde nördlich von Benndorf abspielte. Hierauf wurde die Jungmannschaft auf Rittergut Benndorf vom Herrn Oberinspektor Mann in der freundlichsten Weise willkommen geheißen. Zum Empfang der Gäste waren schon alle Vorkehrungen getroffen. Es bot ein heiteres Bild, als sich die Jungen im Parke an Kaffee und Kuchen gütlich taten und sich die Anstrengungen des Tages entschädigten. Auch der Vorhänge des W.R.R., Herr Major von Pöfer, erschien nachmittags, um sich das fröhliche Leben und Treiben anzusehen. Nach einem Rundgang durch den Parke und die Stallungen, wofür die sächsische Jungmannschaft besonderes Interesse zeigte, wurde unter fröhlichem Gelang der Rindmarsch über Köpzig angetreten. Dort wurde die Saale auf der Fährte überhritten und gegen 16 Uhr nachmittags erfolgte mit klagen nichts zu trauen war, hatte sich den ganzen Tag über gehalten, so daß jeder die Jungmannschaft auf einen wohlgelegenen schönen Lehngang zurückföhren können.

Thüringisch-Sächsischer Geheiß-Berein. Die nächste Monats-sitzung, zu der, wie stets, durch Mitglieder eingeführte Gäste (auch Damen) willkommen sind, findet am Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr im Restaurant zur Tafel, Altes Ammannd 5. hat. In dieser Sitzung wird Herr Oberlehrer Dr. Bengelau, Halle a. S., über das Thema „Die öffentliche Meinung in Sachsen vor 100 Jahren“ einen Vortrag halten.

Gewerverein der Heimarbeiterinnen. Die Siedgruppe hält ihre Monatsversammlung Montag abends 8 Uhr in der „Heberge zur Heimat“, Maurerstr. 7, die Nordgruppe die ihrige Mittwoch abends 8 Uhr im Gemeindefaß Albrechtstr. 27 ab. Der Termin des Sommerausflugs wird bekannt gegeben werden. Gäste sind willkommen.

Städte-tag der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung“.)

Erfurt, 31. Mai.

Die Teilnehmer des Städte-tages hatten sich im Laufe des geitigen Tages schon zahlreich hier eingefunden. Abends fand zu Ehren der Gäste in dem großen Saal der „Resourde“ ein Begrüßungsabend statt, zu dem auch viele Damen erschienen waren. Oberbürgermeister Dr. Schmidt hielt alle Anwesenden herzlich willkommen in der Blumenkalt, die schon vor 18 Jahren einmal die Ehre hatte, den Städte-tag in ihren Mauern abhalten zu können. Die Begrüßung wurde mit einem Hoch auf die Stadt Erfurt beantwortet. Darauf ging man zum geitigen Teil über. Frau Sanitätsrat Dr. Kellner erregte die Jubler über Vortrag mehrerer Lieber und erntete für diese gefangliche Leistung reichen Beifall, der auch Herrn Dr. Engelbrecht für seine diskrete Klavierbegleitung galt. Den Humor ließ Oberinspektor Seiler durch einige Lieberorträge zu seinem Recht kommen. Heute vormittag 10 Uhr begannen im Rathausaal die geschäftlichen Sitzungen. Es nahmen daran teil als Vertreter der Staats- und Provinzialbehörden: v. Hegel, Oberpräsident der Provinz Sachsen, Frhr. v. Wilimowski, Landes-hauptmann der Provinz Sachsen, v. Fidler, Regierungs-präsident, Dr. Remold, Ober-Regierungsrat und Dr. Walter,

